

Die erste Rhonekorrektur und die weitere Entwicklung der kantonalen und nationalen Wasser- baupolitik im 19. Jahrhundert

Stephanie SUMMERMATTER

Einleitung

Naturgefahren und Naturereignisse prägen seit jeher die Entwicklung von Gesellschaften¹. Gleichzeitig gestaltet aber auch der Mensch mit Eingriffen verschiedenster Art seine Umwelt neu. Diese gegenseitige Wechselwirkung zwischen Mensch und Natur entwickelt oftmals eine eigene Dynamik, so dass unbeabsichtigte und langfristige Folgen kaum abzuschätzen sind. Dies kann wiederum zu neuen, korrektiven Eingriffen durch den Menschen führen, wie das Beispiel der 3. Rhonekorrektur und der Renaturierung zahlreicher weiterer Flusslandschaften zeigt.

Gerade in der Geschichte der Gewässer und der Gewässerkorrekturen tritt diese wechselseitige Dynamik deutlich hervor: Seit dem Mittelalter – und mit zunehmendem Masse seit den letzten 200 Jahren – werden Flussläufe zum Schutz von Siedlungsräumen verbaut und begradigt, werden Sumpfebenen zur Gewinnung von Kulturräumen entwässert und urbar gemacht. Die Umweltgeschichte versucht, dieses Kapitel der Mensch-Natur-Beziehung nicht lediglich als Zerstörung natürlicher Flusslandschaften zu brandmarken, sondern die Umgestaltung der Gewässernetze vielmehr als «Anpassungsleistung»² von Gesellschaften zu betrachten.

Abkürzungsverzeichnis: BAR = Schweizerisches Bundesarchiv; BBl = *Schweizerisches Bundesblatt*; StAW = Staatsarchiv Wallis, Sitten.

¹ Der vorliegende Artikel ist entstanden aus: Stephanie SUMMERMATTER, *Die Überschwemmungen von 1868 in der Schweiz. Unmittelbare Reaktion und längerfristige Prävention mit näherer Betrachtung des Kantons Wallis*, Lizentiatsarbeit Historisches Institut Bern, Nordhausen, 2005 (im Druck).

² Reinhold REITH, Sylvia HAHN, «Einleitung», in *Umwelt-Geschichte. Arbeitsfelder – Forschungsansätze – Perspektiven*, hrsg. Sylvia HAHN, Reinhold REITH, München, 2001 (Querschnitte – Einführungstexte zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte, 8), S. 7-11, hier S. 1.

Auch das Wallis – tief geprägt von der Rhone und von einer Vielzahl von Zuflüssen – macht hier keine Ausnahme. Allerdings ist die Tätigkeit der Wasserbauer im Kanton erst seit wenigen Jahren auch Thema der historischen Forschung³. Nicht zuletzt aufgrund der anstehenden 3. Rhonekorrektur, in deren Rahmen ein Datenbankprojekt zur Erforschung der Geschichte der Rhone lanciert wurde, drängt sich der Fluss auch in seinen historischen Aspekten wieder ins Bewusstsein der Walliser Bevölkerung.

Die Korrektur der Rhone und ihrer Seitenzuflüsse ist aber nicht nur Teil der Geschichte des Kantons Wallis; vielmehr muss sie als Teil der Schweizer Geschichte betrachtet werden. Zudem handelt es sich nicht nur um eine Geschichte der Gewässer, sondern auch um eine solche von Gesetzen, Finanzströmen und Wissenstransfer, aber auch der Solidarität, der Identität und der Nation.

Flusskorrekturen in der Schweiz des 19. Jahrhunderts

Das Verhalten der Flüsse hatte vor den grossen Flusskorrekturen einen starken Einfluss auf das Befinden der Bevölkerung. Vor allem bei Überschwemmungen sahen sich Anliegergemeinden von Flüssen und Seen stark gefährdet und waren oftmals betroffen.

Der Kampf mit dem Wasser, ungleich auf die Bevölkerungsgruppen und Gemeinden verteilt, band beträchtliche Mittel, kostete Arbeitskräfte und zeitigte langfristige Auswirkungen auf Viehzucht und Ackerbau wie auf die Besiedlung.⁴

Während man ursprünglich hochwassergefährdete Gebiete als Siedlungs- und Kulturland vermied, war dieses passive Schutzverhalten bei wachsender Bevölkerung immer weniger praktikabel⁵. Um Siedlungsland zu schützen und neues Kulturland zu gewinnen, wurden seit dem Mittelalter vermehrt lokale und kleinräumige Eingriffe an Flussläufen vorgenommen und sogenannte Wuhrordnungen erlassen. Die Anliegergemeinden und Nutzungsberechtigten der Wasserläufe teilten sich in diesen Ordnungen die Wuhrpflicht, die in Fronarbeit und Gemeinwerk durchgeführt wurde und deren benötigtes Material die Bürgergüter lieferten⁶.

Das Zeitalter der grossen, räumlich übergreifenden Flusskorrekturen nahm in der Schweiz mit der Linthkorrektur um 1807 seinen Anfang, an welcher die Kantone Zürich, Schwyz, Glarus und St. Gallen beteiligt waren. Ermöglicht wurde dieses erste Grossprojekt durch die veränderten politischen und technischen Rahmenbedingungen um 1800. Dabei handelte es sich um ein Projekt, das bereits seit den 1780 Jahren in der Tagsatzung der alten Eidgenossenschaft diskutiert worden war, ohne dass jedoch die rechtlichen Grundlagen bestanden hätten,

³ An neuesten Arbeiten zur Rhone und ihrer Korrektur seien hier folgende erwähnt: Léna PASCHE, *Inondations de 1868 et émergence de la politique de correction des eaux et de reboisement dans les Alpes suisses au cours du XIX^e siècle. Le cas du Valais et de la région de Conthey*, Diplomarbeit IGUL, Lausanne, 2002; Daniel L. VISCHER, *Die Geschichte des Hochwasserschutzes in der Schweiz. Von den Anfängen bis ins 19. Jahrhundert*, Bern, 2003 (Berichte des BWG, Serie Wasser, 5), Kapitel «Die Rhonekorrektur oberhalb des Genfersees», S. 97-103; SUMMERMATTER, *Die Überschwemmungen von 1868*.

⁴ Vgl. für diesen Abschnitt Michèle GRAF, *Die Bändigung der Gewässer. Eine Geschichte der Flusskorrekturen in der Schweiz*, Lizentiatsarbeit Historisches Institut, Bern, 1991, S. 12-13.

⁵ Vgl. für die Bevölkerungsentwicklung im 18. und 19. Jahrhundert Anne-Lise HEAD-KÖNIG, «Bevölkerung», www.hls.ch (Version 11.11.2002).

⁶ Vgl. für die Wuhrordnungen GRAF, *Die Bändigung der Gewässer*, S. 18.

die beteiligten Stände zur Durchführung der Korrektur zu veranlassen. Zudem fehlten der Eidgenossenschaft des Ancien Régimes die finanziellen Mittel zur Realisierung der Linthkorrektur⁷. Erst 1804 beschloss die wiedereingesetzte Tagsatzung die Korrektur der Linth, wodurch das gesamte Unternehmen endgültig zu einem politischen Projekt, zu einem «Nationalunternehmen» wurde⁸. Da die Bundeskasse für Unternehmen dieser Grössenordnung noch immer nicht genügend Mittel aufwies, wurden zwischen 1807 bis 1827 in der gesamten Eidgenossenschaft 4070 Aktien gezeichnet, deren Besitzer bis 1845 mit dem Mehrwert der korrigierten Flusslandschaft ausbezahlt wurden⁹. Es handelte sich bei der Linthkorrektur um das erste Wasserbauprojekt, das – wenn auch nur symbolisch – unter die Oberaufsicht der Bundesgewalt gestellt wurde, das eigene Institutionen generierte und das eine nationale Solidarität proklamierte – Elemente, die bei den Flusskorrekturen im jungen Bundesstaat wieder vorhanden sein würden.

Wie aber die untenstehende Abbildung 1 zeigt, war die Linthkorrektur ihrer Zeit weit voraus: Erst mit der Gründung des Bundesstaates wurde mit dem Artikel 21 der Bundesverfassung die Basis für eine neue Wasserbaupolitik gelegt.

Dem Bunde steht das Recht zu, im Interesse der Eidgenossenschaft oder eines grossen Theiles derselben, auf Kosten der Eidgenossenschaft öffentliche Werke zu errichten oder die Errichtung derselben zu unterstützen.¹⁰

Dieser Artikel ist auf das Bestreben des Berner Regierungsrates Rudolf Schneider zurückzuführen, der sich seit 1839 erfolglos für die Juragewässerkorrektur einsetzte, die wie die Linthkorrektur nach einem überregionalen Vorgehen verlangte. Über seinen Freund Ulrich Ochsenbein, dem Vorsitzenden der eidgenössischen Verfassungskommission, wirkte Schneider auf diesen Artikel hin, «mit der Hoffnung, dem Bund dadurch die Kompetenz für die Seelandentsumpfung zu übertragen.»¹¹ Die Entwicklung des schweizerischen Hochwasserschutzes, zu dem der Artikel 21 der Bundesverfassung der erste Schritt war, gab Rudolf Schneider recht: Als erstes wasserbauliches Grossprojekt des Bundesstaates fiel 1854 die Korrektur des Alpenrheins unter den Artikel 21 der Bundesverfassung, in den 1860er Jahren folgten mit mehreren Beschlüssen die Juragewässerkorrektur und die Rhonekorrektur, und schliesslich kam dieser Artikel in den 1880er Jahren auch für die Korrektur des Tessin zur Anwendung¹².

⁷ Daniel SPEICH, *Helvetische Meliorationen. Die Neuordnung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse an der Linth (1783-1823)*, Zürich, 2003 (Interferenzen, 6), S. 103-109.

⁸ SPEICH, *Helvetische Meliorationen*, S. 204.

⁹ SPEICH, *Helvetische Meliorationen*, S. 212-213.

¹⁰ *Schweizerische Bundesverfassung 1848*, Art. 21.

¹¹ Reto MÜLLER, «Das wild gewordene Element». *Gesellschaftliche Reaktionen auf die beiden Mittellandhochwasser von 1852 und 1876*, Lizentiatsarbeit Historisches Institut Bern, Nordhausen, 2005 (Bernser Forschung zur Regionalgeschichte, 2), S. 96.

¹² VISCHER, *Die Geschichte des Hochwasserschutzes*, S. 193.

Bauzeit	Fluss	Länge (km)	Bauzeit	Fluss	Länge (km)
1807-1816	Linth	15	1874-1893	Thur	62
1855-1865	Gürbe	16	1878-1895	Glatt	41
1856-1890	Noxon/Orbe	9+11	1881-1910	Töss	42
1860-1890	Alpenrhein	40	1888-1912	Tessin	14
1863-1864	Rhone	103	1894-1923	Alpenrhein	25
1866-1875	Aare	13	1911–	Muota	9+6
1868-1891	Zihl	12	1917-1987	Sarine	16
1871-1920	Emme	61	1940-1955	Areuse	14

Abbildung 1 – Flusskorrekturen in der Schweiz über 10 km Länge.¹³

Die erste Rhonekorrektur und die eidgenössischen Subventionen

Wasserbauliche Massnahmen und Projekte vor 1860

Erste wasserbauliche Massnahmen und Projekte um 1800

Bis in die 1860er Jahre wurde die Rhoneebene teilweise jährlich überschwemmt, die Rhone bedeckte grosse Flächen während mehrerer Monate mit ihrem Wasser und hinterliess sumpfiges, morastiges Gelände. Die Siedlungen befanden sich deshalb vor allem auf den Anhöhen der Schuttkegel am Rande der Ebene und auf den Hochplateaus, die Bewohner machten der Rhone als «maître de la plaine» den Talgrund kaum streitig¹⁴. Im Oberwallis beschränkten sich die Schutzmassnahmen so lediglich auf lokal begrenzte Uferbauten, die jede Gemeinde autonom errichtete. Jede Gemeinde schaute dabei lediglich auf ihre eigenen Interessen. Demgegenüber waren die Beschlüsse zum Grenzgebiet zwischen Wallis und Waadt bzw. Bern umso zahlreicher¹⁵. Die Grenzfunktion der Rhone im Unterwallis zwang die Oberwalliser Zenden, gegenüber Bern gemeinsam aufzutreten. Das erklärt, weshalb die Korrektionsarbeiten im Unterwallis voranschritten, während sie im Oberwallis rudimentär blieben.

Von einer Konferenz zwischen dem Wallis und Bern in Aigle 1756 sind erstmals Pläne einer zusammenhängenden Rhonekorrektur überliefert¹⁶. Der darauf folgende Korrektionsplan von 1768 regelte bis 1836 das Verhältnis zwischen dem Wallis und Bern bzw. der Waadt an der Rhone. Der neue Korrektionsplan von 1836 der verantwortlichen Kantonsingenieure im Wallis und in der Waadt, Ignatz Venetz (1788-1859) und Adrien Pichard (1790-1841), sah eine starke Begrädnung der Rhone vor, konnte aber aufgrund der Opposition einiger Ufergemeinden nicht ausgeführt werden.

Aber nicht nur von offizieller Seite her wurden Projekte einer Rhonekorrektur entworfen. Um 1800 – wohl inspiriert durch die fortdauernde Diskussion um

¹³ Niklaus SCHNITTER, *Die Geschichte des Wasserbaus in der Schweiz*, Oberözüberg, 1992 (Alte Forscher – aktuell, 2), S. 119.

¹⁴ Charles DE TORRENTÉ, *La correction du Rhône en amont du lac Léman*, Département fédéral de l'Intérieur, Bern, 1964, S. 40-41.

¹⁵ Paul DE RIVAZ, *Correction du Rhône et des torrents. IV^e Congrès international d'agriculture à Lausanne, 12-17 septembre 1898*, Lausanne, 1898.

¹⁶ DE RIVAZ, *Correction du Rhône*, S. 4-6.

die Linthkorrektur – veröffentlichte Bernhard Wild (1776-1832), Direktor der Salinen in Bex und Regierungskommissar der Helvetischen Republik, ein Projekt zur Rhonekorrektur. Ähnlich wie bei der Linthkorrektur argumentierte auch Wild mit Vaterlandsliebe und Solidarität.

Wer die Verheerungen kennt, die der Rhodan im ganzen Walliser-Thal verursacht; wer weiss, was für erbarmungswürdige Menschen durch die daher entspringende ungesunde Luft erzeugt werden [...]: der wird, wenn er von einiger Menschen- und Vaterlandsliebe beseelt ist, das Uebel beherzigen, die Mittel, die ich zu dessen Hebung vorschlage, überlegen, wenn er bessere weiss, sie anzeigen; und endlich die Ausführung mit allen seinen Kräften unterstützen.

[...] Welcher Menschen- und Vaterlandsfreund würde nicht willig mitsteuern, um unsern Mitbürgern im Wallis die süssen Früchte der Brüderschaft, nach allem dem erlittenen Jammer kosten zu lassen.¹⁷

Auch das von Wild vorgeschlagene Finanzierungsmodell entsprach mit dem Verkauf von 1000 Aktien dem Vorbild der Linthkorrektur.

Das Projekt von Bernhard Wild blieb Papier, ebenso wie jene, die ihm folgten. Vor allem die Schiffbarmachung der Rhone bis Brig scheint immer wieder Ausserstehende veranlasst zu haben, Projekte zu formulieren, wie das Beispiel des Genfer Architekten Eugène de Ligny zeigt. Nach den verheerenden Überschwemmungen von 1860 reichte de Ligny beim Kanton Wallis ein Projekt zur Gründung einer Aktiengesellschaft mit dem Namen *Société Maritime & Agricole de la Vallée du Rhône* ein¹⁸: Der Bund würde für die Ausführung der Arbeiten während 400 Arbeitstagen in zwei Jahren 2000 Soldaten ins Wallis schicken. Der Kanton Wallis sollte das benötigte Material liefern, und die Gemeinden selbst wären für eine bestimmte Zeit die Aktionäre ihres eigenen Gebietes.

Solange aber «die Regierung unentschlossen und die Uferbevölkerung durch endlose Lokalfehden auseinandergerissen war»¹⁹, war an eine Umsetzung aller vorhandenen Pläne kaum zu denken.

Erste Bestrebungen zur Zentralisierung des Wasserbaus von 1800-1860

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden im Wallis die Kräfte im Wasserbau zaghaft und schrittweise gebündelt. Trotzdem kann aber auch für die folgenden 60 Jahre bis zur ersten Rhonekorrektur höchstens von einigen Anstrengungen zur Vereinheitlichung des Wasserbaus gesprochen werden.

Im ersten entsprechenden Gesetzesartikel von 1803 beschränkte der Kanton sein Zuständigkeit auf Dämme, «welche die Grenzen gegen benachbarte Staaten ausmachen, und [...] an welchen die Beschirmung und Erhaltung der Brücken und Landstrassen liegt.»²⁰ 1815 schliesslich wurden die Gemeinden von der Unterhaltungspflicht für die Brücken an der Landstrasse entbunden²¹. Das folgende Dekret

¹⁷ Bernhard WILD, «Vorschlag zur Eindämmung des Rhodans, und selbst zu dieses Flusses nachmaliger Schiffbarmachung, von seinem Ausfluss in den Lemaner-See bis oberhalb Brieg», in *Helvetische Monatsschriften*, 4 (1800), S. 101-125, hier S. 101 und S. 122.

¹⁸ Eugène de Ligny an den Staatsratspräsidenten VS, Genf, 17.11.1860, StAW, DTP 79.1.

¹⁹ Beat KAUFMANN, *Die Entwicklung des Wallis vom Agrar- zum Industriekanton*, Dissertation, Winterthur, 1965, S. 22.

²⁰ «Gesetz, welches die verschiedenen Gegenstände bestimmt, welche den Gemeinderäthen im Fach der Ortspolizei übertragen sind, 26.5.1803», in *Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis*, Bd. 1, 2. Aufl., Sitten, 1890, S. 138-142, hier Art. 2, S. 138.

²¹ «Gesetz über die Unterhaltung der Heerstrasse, 16.12.1815», in *Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis*, Bd. 1, Sitten, [1821], S. 44-47, hier S. 45-46.

von 1818 brachte hingegen nur wenig Neues²². Zu regeln, wie die Rhonearbeiten auszuführen und zu verwalten seien, lag diesem Dekret zufolge nicht im Bereich der staatlichen Autorität. 1833 änderte sich das teilweise. In der Präambel machte der Landrat die Hintergründe des neuen Wasserbaugesetzes deutlich:

Betrachtend, dass [...] sich die grossen Vortheile ermassen lassen, welche eine nach allgemeinem Plan befolgte Dämmungsart, die alle auf dessen Ufern zu bewerkstellende Arbeiten regeln würde, darbietet;
betrachtend das allgemeine Beste, welches ebenfalls und namentlich unter dem Bezug des Bodenreichthums, so wie unter jenem der öffentlichen Gesundheit, aus der Urbarmachung sumpfiger Gründe, die in verschiedenen Ortslagen der Ebene sich vorfinden, entstehen würden.²³

Mit Hilfe dieses Gesetzes sollte somit nicht nur der Schutz vor Überschwemmungen, sondern auch die Landgewinnung auf Kosten des Flusses und die Verbesserung der Volksgesundheit angestrebt werden. Der Staatsrat erhielt das Recht, die Korrektur der Rhone und ihrer Seitenzuflüsse durch die neue *Commission Rhodanique* zu bestimmen und zu verwalten, während die Kosten weiterhin die Gemeinden trugen. Damit entwickelte sich die Legislative im Wallis ähnlich wie beispielsweise in St. Gallen, wo die Kompetenzen des Flussbaus 1831 auf den Kanton übergingen, ohne dass dieser sich finanziell massgeblich beteiligte²⁴.

Weiterhin trugen die Kosten für die Arbeiten an der Rhone grundsätzlich die Gemeinden. Die bestehenden Regelungen von 1829²⁵ reichten allerdings nicht mehr aus: Der Landrat war sich bewusst, dass die von der *Commission Rhodanique* vorgeschriebenen Arbeiten die Gemeinden teilweise überforderten und dass eine finanzielle Beteiligung des Staates zu diesem Zeitpunkt nicht in Betracht kam. Die Gemeinden sollten daher die nötigen Mittel für den Bau und den Unterhalt der vorgeschriebenen Arbeiten durch Versteigerung des Gemeindebodens auftreiben²⁶.

Die gesetzgeberischen Bestrebungen zwischen 1800 und 1860 zeigen deutlich eine verstärkte Beschäftigung mit dem Wasserbau auf übergeordneter Ebene. Weiterhin fehlte aber die Zentralisierung der Durchführung und die Möglichkeit des Staates, gegenüber nachlässigen Gemeinden Sanktionen zu ergreifen. Erst das Gesetz von 1896 befugte den Kanton Wallis, angeordnete Arbeiten selbst auf Kosten der betreffenden Gemeinden durchzuführen, und setzte gleichzeitig eine Beteiligung des Kantons auf 20% der Kostenvoranschläge fest²⁷. Trotz allem wurden seit 1833 im Wallis viele lokale Rhonearbeiten gemäss den Weisungen der *Commission Rhodanique* durchgeführt. Allerdings hing die Umsetzung stark von den finanziellen Mitteln der betroffenen Gemeinden ab. Da jede Gemeinde nur die unmittelbar vorhandenen Ressourcen einsetzen konnte, war ein koordiniertes Vorwärtsschreiten der Korrektionsarbeiten auch mit den neuen legislativen Grundla-

²² «Dekret über den Unterhalt der Wehrinen gegen die Ströme und Bäche, 18.12.1818», in *Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis*, Bd. 1, Sitten, [1821], S. 223-225, hier S. 223-225.

²³ «Gesetz über Dämmung des Rhodans, der Ströme und Bäche, und Austrocknung der Sümpfe, 23.5.1833», in *Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis*, Bd. 5, Sitten, 1841, S. 402-410, hier S. 402-403.

²⁴ GRAF, *Die Bändigung der Gewässer*, S. 79.

²⁵ «Gesetz über die Vertheilung öffentlicher Arbeiten in den Gemeinden, 8.5.1829», in *Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis*, Bd. 5, Sitten, 1841, S. 316-322.

²⁶ «Gesetz über Dämmung des Rhodans», Art. 7 (wie Anm. 23).

²⁷ «Gesetz vom 25. November 1896 betreffend die Korrektur der Flüsse und ihrer Seitengewässer, 25.11.1896», in *Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis*, Bd. 17, Sitten, 1896, S. 282-288.

gen nicht möglich²⁸. Laut Kantonsingenieur Joseph Chappex wurden aber trotzdem jährlich 250 000.– Fr. für die Schutzbauten verwendet. Die Gemeindeabgaben für die Wuhrarbeiten stiegen dabei in den bevölkerungsärmeren Talgemeinden mit langen Uferstrecken unproportional an²⁹. Die Anstrengungen im Kanton als Gesamtes beurteilt de Torrenté folgendermassen:

Les ouvrages exécutés avant la correction systématique du Rhône formaient un ensemble de travaux que l'on peut qualifier de très importants si l'on songe qu'ils ont été construits par une population pauvre, livrée à ses seules ressources.³⁰

Die Planung der ersten Rhonekorrektur zwischen Kanton und Bund

Die Überschwemmung von 1860 als Auslöser für die erste Rhonekorrektur

Vom 1.–3. September 1860 wurde der schweizerische Alpenraum von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht. Die Experten waren sich einig: Heftige Niederschläge bei warmen Temperaturen Ende August, begleitet von föhnbedingter Schnee- und Gletscherschmelze, liessen die grossen Seitenzuflüsse und die Rhone stark anschwellen und über die Ufer treten³¹.

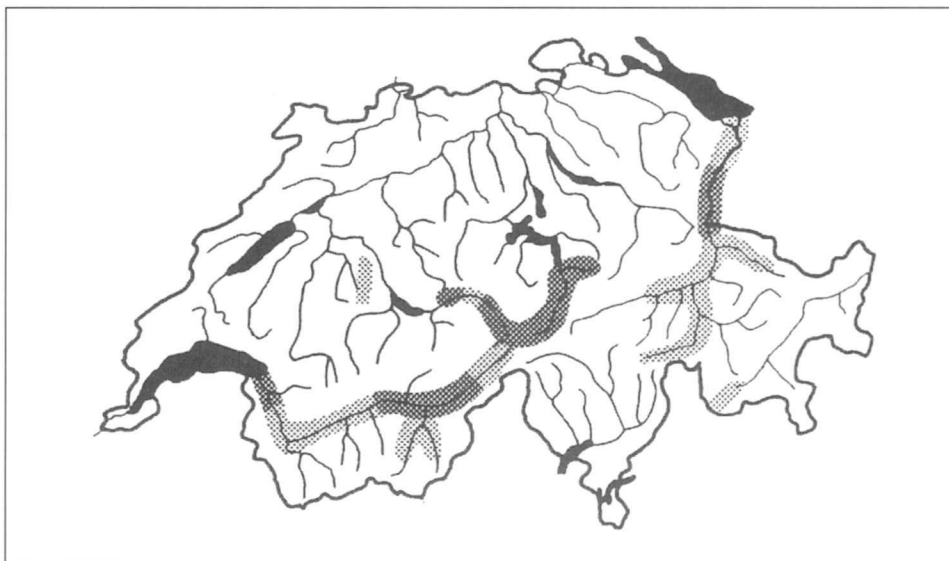


Abbildung 2 – Ort und Stärke der Unwetterschäden vom 1.-3. September 1860 (© WSL Birmensdorf).³²

²⁸ DE RIVAZ, *Correction du Rhône*, S. 9.

²⁹ J[oseph] CHAPPEX, *Kurzer Bericht über die Rhonekorrektur 1864-1877 vom Vorstand des Bau-departementes*, Sitten, 1877, S. 5.

³⁰ DE TORRENTÉ, *La correction du Rhône*, S. 45.

³¹ Daniel CHANTRE, *Rapport sur les inondations du haut Valais dans l'année 1860. Présenté au Comité genevois pour la souscription en faveur des inondés de la Suisse*, Genève, 1860, S. 9; Leopold BLOTNITZKY, Friedrich Wilhelm HARTMANN, «Expertenbericht über die Rhonekorrektur erstattet an das eidgenössische Departement des Innern und des Bauwesens, 6.4.1861», in *BBl*, 1 (1863), S. 290-301, hier S. 292.

³² Gerhard RÖTHLISBERGER, *Chronik der Unwetterschäden in der Schweiz*, Birmensdorf, 1991 (Berichte der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, 330), S. 68.

Der Walliser Staatsrat konnte die Situation alleine nicht bewältigen. Zwar wurde die grösste Not durch Spenden gelindert, und auch mental sah sich der Kanton unterstützt:

Dans ces moments d'épreuves, il a été bien consolant pour les populations et le Gouvernement du Canton, de trouver chez la plupart de leurs Confédérés [...] des sentiments de sympathie qui, au premier cri de détresse, se sont démontrés par un empressement général à tendre une main secourable aux victimes de l'inondation.³³

Diese Spendengelder reichten jedoch nicht aus, so dass der Walliser Staatsrat beschloss, den Bundesrat mit dem oben zitierten Brief um Hilfe zu bitten. In seiner Antwort erklärte der Bundesrat aber, dass eine solche Unterstützung einerseits nicht verfassungsgemäss sei und andererseits schlichtweg die finanziellen Mittel dafür fehlen würden³⁴. Gleichzeitig wies er aber die Walliser Regierung auf den Artikels 21 der Bundesverfassung hin. Der Bundesrat durfte somit keine unmittelbare Katastrophenhilfe leisten, stellte seine Mithilfe aber bei einem langfristig angelegten Präventionsprojekt in Aussicht.

Dieses Vorgehen wurde auch vom *Comité genevois pour la souscription en faveur des inondés de la Suisse* unter dem Präsidium von General Dufour begrüsst. Das Komitee liess den Ingenieur Daniel Chantre einen Bericht schreiben und stellte seinerseits 20 000.– Fr. für die Wiederherstellung der Dämme in Aussicht³⁵. Dabei wies das Komitee auf die Bedeutung des Wallis als Transitland hin, aber auch auf die Pflicht, «de rendre à toute la population de cette immense Vallée le courage & la force morale sans lesquels il n'y a pas d'existence possible.»

Die Begutachtung der Pläne

Am 4. Dezember 1860 reichte der Walliser Staatsrat gestützt auf die Bundesverfassung das Gesuch um eine Bundesbeteiligung an einer zukünftigen Rhonekorrektur und ein entsprechendes Projekt ein. Das Projekt, das ursprünglich vom 1859 verstorbenen Ignatz Venetz umrissen worden war, beschränkte sich auf die Rhone zwischen Naters und Verdan und blendete sowohl den unteren Teil des Laufes als auch die Frage der Seitenzuflüsse aus³⁶. Zur Hauptsache war die Verbauung und Begradigung der Rhone im bewährten Sporensystem vorgesehen, das im Wallis seit den 1840er Jahren vereinzelt angewandt wurde (vgl. Abb. 3).

Im Auftrag des Bundesrates prüften die zwei technischen Experten Leopold Blotnitzky (1817-1879) aus Genf und Friedrich Wilhelm Hartmann (1809-1874) aus St. Gallen im Februar das eingegebene Projekt mit Begleitung der Walliser Kantonsingenieure vor Ort. In ihrem Bericht sprachen Blotnitzky und Hartmann die Hoffnung aus, «dass solche Katastrophen, der allgemeinen Verwilderung und Entwaldung des Gebirges ungeachtet, sich doch nicht regelmässig wiederholen

³³ Staatsrat VS an den Bundesrat, Sion, 12.10.1860, BAR E 19 1441.

³⁴ Bundesrat (Eidgenössisches Departement des Innern) an den Staatsrat VS, Bern, 14.11.1860, BAR E 19 1441.

³⁵ Comité genevois pour la souscription en faveur des inondés de la Suisse (Berillod) an den Bundesrat, Genf, 15.12.1860, BAR E 19 1441.

³⁶ Vgl. für das Projekt des Kantons Wallis vom 4.12.1860 DE TORRENTÉ, *La correction du Rhône*, S. 46-47.

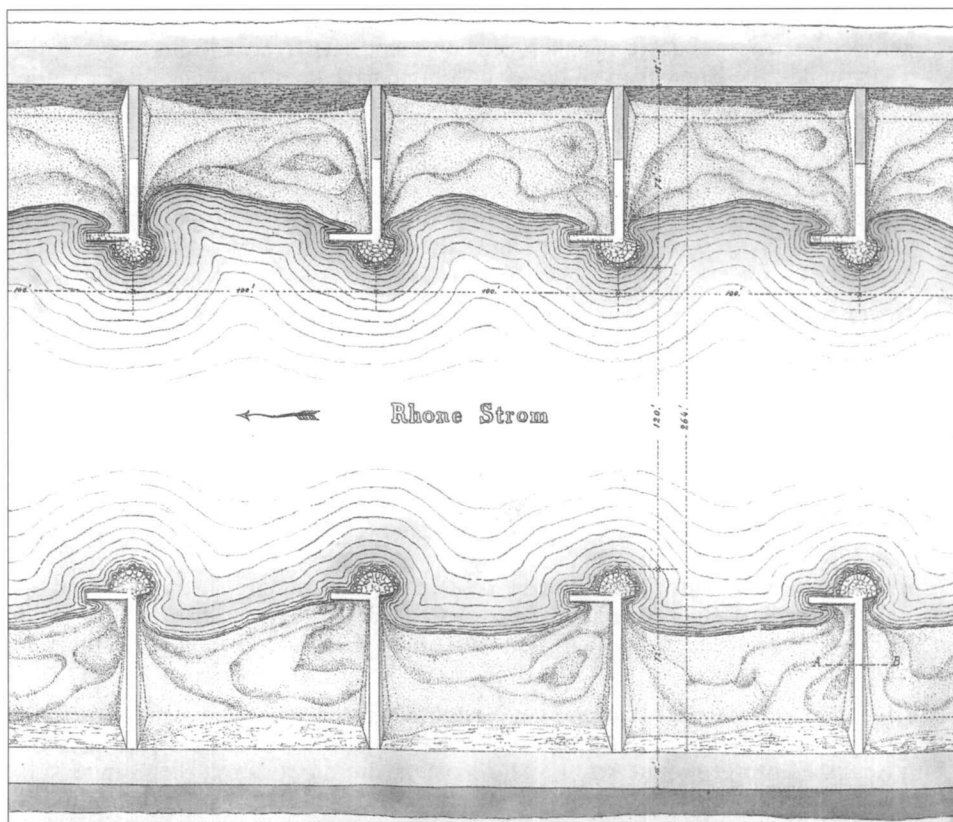


Abbildung 3 – Pläne des Sporensystems für die Rhonekorrektur, 1863.³⁷

werden.»³⁸ Dennoch betonten die Experten, dass «ausserordentliche Anstrengungen unerlässlich» wären, um weitere Katastrophenereignisse zu verhindern. Die Experten waren mit der Anwendung des bewährten Sporensystems einverstanden, bedauerten aber die Vernachlässigung der Seitenzuflüsse.

Die Experten empfahlen, bei einer Beteiligung des Bundes eine Aufsichtsstelle ausserhalb des Kantons zu ernennen, denn sie hatten wahrgenommen, «dass es Gemeinden gibt, die ohne jedes dringende Bedürfnis, in diesem Momente lieber ihre zweite Kirche mit grossem Kostenaufwande herstellen, als dem Verderben, das ihnen täglich droht, Einhalt zu gebieten.»³⁹ Nachdem die letzten Informationen zusammengetragen waren, reichten die Experten im Mai 1862 ihren zweiten Bericht mit einer detaillierten Kostenberechnung ein. Insgesamt ergab sich nun ein Totalbetrag von 6 Mio. Fr., bei dem sich der Bund mit einem Drittel des Kostenvoranschlages beteiligen sollte:

Da nun aber die Gemeinden ohne solche Unterstützung durchaus nicht im Stande sind, so grosse Werke in Angriff zu nehmen, und mit derjenigen Raschheit zum Ziele zu führen, welche nothwendig ist, wenn das Unternehmen keine Sisyphusarbeit wer-

³⁷ BLOTNITZKY, HARTMANN, Bericht Juni 1863, BAR E 19 1443.

³⁸ BLOTNITZKY, HARTMANN, «Expertenbericht über die Rhonekorrektur, 6.4.1861», S. 292, für den ganzen Abschnitt S. 292-301.

³⁹ Blotnitzky und Hartmann an den Bundesrat, Genf, 18.4.1861, BAR E 19 1441.

den soll; weil die meisten Gemeinden des Wallis durch die grossen Wasserverheerungen der letzten zwei Jahre gänzlich erschöpft sind, die fernere Kulturfähigkeit des Thalgrundes, die Brauchbarkeit der Hauptstrasse nach dem Simplon von der vorliegenden Rhonekorrektur abhängen, kurz die höchsten kantonalen und eidgenössischen Verkehrs- und Vertheidigungsangelegenheiten mit derselben in engster Verbindung stehen, so kann wohl nicht mehr daran gezweifelt werden, dass bei diesem Unternehmen der Art. 21 der Bundesverfassung die eigentlichste Anwendung finde. [...] Endlich [wird] ein Werk in's Leben gerufen [...], dass dem ganzen Rhonethal unendlichen Nutzen, dem Kanton und der Eidgenossenschaft Ehre und Ruhm gewährt.⁴⁰

Bevor nun aber das Geschäft in der Bundesversammlung besprochen werden konnte, musste der Kanton eine neue legislative Grundlage vorlegen. So verabschiedete der Grossrat des Kantons Wallis am 29. November 1862 das «Dekret über die Korrektur und Eindämmung der Rhone und ihrer Seitengewässer».⁴¹ In der Präambel wird im Vergleich zum Gesetz von 1833 der Bezug zur Eidgenossenschaft klar. Der Grossrat erliess das Dekret,

in Erwägung der hohen Bedeutung dieses grossen Unternehmens bezüglich [...] der Unterhaltung der Verbindungsstrassen des Kantons mit der Eidgenossenschaft und dem Ausland;

in Erwägung der Nothwendigkeit eine bessere Forstverwaltung einzuführen und der Entholzung der Berge, dieser bedeutenden Ursache der Verheerung durch die Wildbäche, vorzubeugen, und willens den Aufsichten der Bundesbehörden hierüber zu entsprechen.

Die Korrektur der Rhone und der Seitenzuflüsse wurde neu zum «Werk der öffentlichen Wohlfahrt» erklärt, das unter der Oberaufsicht des Bundes und der Leitung des Kantons stand (Art. 1). Die Kosten, die nicht durch die Bundessubventionen gedeckt wurden, trugen bis auf einige Ausnahmen wieder die Gemeinden (Art. 3). Das nochmals eingereichte Projekt wurde von den eidgenössischen Experten akzeptiert und neu auf 7.9 Mio. Fr. geschätzt⁴².

Die Entscheidung in der Bundesversammlung

Damit waren alle Bedingungen erfüllt, und der Bundesrat empfahl der Bundesversammlung das Geschäft zur Annahme:

Es ist, nachdem die Bundessubvention für das Rheinunternehmen beschlossen worden, gleichsam eine Nothwendigkeit des Gleichgewichts geworden, dass die in entgegengesetzter Richtung fliessende Rhone auch korrigirt und die Korrektur vom Bunde begünstigt werde, ein Unternehmen, auf das die Westschweiz wegen der Sicherstellung der wichtigen und kürzeren Verkehrsmittel nach Italien ein bedeutendes Interesse legt.⁴³

⁴⁰ Leopold BLOTNITZKY, Friedrich Wilhelm HARTMANN, «Expertenbericht über die Rhone-Korrektur, erstattet an das eidg. Departement des Innern und des Bauwesens, 20.5.1862», in *BBl*, 1 (1863), S. 302-348, hier S. 348.

⁴¹ «Dekret vom 29. November 1862 über die Korrektur und Eindämmung der Rhone und ihrer Seitengewässer, 29.11.1862», in *Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis*, Bd. 10, Sitten, 1865, S. 294-299, hier S. 294-295.

⁴² Leopold BLOTNITZKY, Friedrich Wilhelm HARTMANN, «Expertenbericht über die Rhonekorrektur, erstattet an das eidgenössische Departement des Innern und des Bauwesens, 26.12.1862», in *BBl*, 1 (1863), S. 351-369, hier S. 368.

⁴³ «Botschaft des Bundesrathes an die h. Bundesversammlung, betreffend die Rhonekorrektur im Kanton Wallis, 19.1.1863», in *BBl*, 1 (1863), S. 269-289, hier S. 287; vgl. für den gesamten Abschnitt S. 288-289.

Bei Gesamtkosten von 7.9 Mio. Fr. legte der Beschlussentwurf die Beteiligung des Bundes auf einen Drittel der projektierten Arbeiten oder 2.64 Mio. Fr. fest, was bei der Beschränkung der Arbeiten auf 12 Jahre bis 1877 eine Summe von jährlich 220 000.– Fr. ausmachte⁴⁴. Der Bundesrat hielt die oberste Leitung inne und der Kanton Wallis war ihm jährlich Rechenschaft schuldig.

Die zuständige Ständeratskommission ihrerseits wies im Juni 1863 in ihrem Bericht auf die Naturgefahren im Wallis und die daraus entstehenden Schäden an der physischen, psychischen, aber auch volkswirtschaftlichen Gesundheit der Bevölkerung hin. Sie stellte sich damit hinter die Empfehlung des Bundesrates:

Es gilt, einen nicht unerheblichen Teil unseres kleinen Vaterlandes zu retten; es gilt, den Eidgenossen, welche dort wohnen, in ihrem immer wiederkehrenden grossen Unglück die tröstende und aufrichtende Bruderhand zu reichen; es gilt, den Schweizern im Rhonethal das Verbleiben im Vaterlande möglich zu machen; es gilt, durch gemeinsame Anstrengung aus jenem verheerten und verwüsteten Thale, das bald keine Erndten mehr kennen wird, ein gesichertes, der Cultur zugängliches, mit der Zeit reiches Land zu machen; es gilt, durch einen unserer Grenzcantone ein neues, starkes, eidgenössisches Band zu schlingen und dem Schweizerbunde ein neues bleibendes Denkmal zu errichten.⁴⁵

Und auch die nationalrätliche Kommission begründete ihren Antrag, das Gesuch anzunehmen, mit der «bundesbrüderlichen Hand», die es dem Wallis zur Hilfe zu reichen gelte, um «den Feind zu bändigen, der verwüstend die südwestlichen Gauen unseres Schweizerlandes heimsucht.»⁴⁶

Schliesslich gab die Rhonekorrektur in der Bundesversammlung kaum Anlass zu Diskussionen. Am 28. Juli 1863 wurde der Bundesbeschluss betreffend die Rhonekorrektur von den beiden eidgenössischen Kammern verabschiedet⁴⁷. Ähnlich wie 60 Jahre zuvor bei der Linthkorrektur entschieden auch hier ökonomische und vaterländische Argumente.

Die finanzielle Belastung der Gemeinden

Noch während der Verhandlungen zwischen Bund und Kanton fuhren die Gemeinden Raron und Niedergesteln fort, an ihren Ufern die Rhone nach dem geplanten System einzudämmen. Schon zu diesem Zeitpunkt meldete Blotnitzky – als neu ernannter eidgenössischer Inspektor für die Rhonekorrektur – dem Departement des Innern erfreut, dass man bereits Fortschritte feststellen

⁴⁴ Eine Hochrechnung dieser Summen auf heutige Verhältnisse gestaltet sich schwierig. Als eine Möglichkeit unter vielen bietet sich die Hochrechnung anhand der Bauarbeiterlöhne an, die Pascal Schuppli kürzlich für Basel von 1800-2000 in einer Zeitreihe zusammengestellt hat: Pascal SCHUPPLI, *Die Entwicklung der Bauarbeiterlöhne in Basel von 1800 bis 2000 und ihre Bedeutung für die Standardisierung historischer Zeitreihen*, Seminararbeit Historisches Institut, Bern, 2004. Mit einem Tageslohn von 2.7 Fr. für das Jahr 1862 ergibt sich für die Hochrechnung auf das Jahr 2000 ein Faktor von 71.2. Demgemäss entsprechen die projektierten Kosten der Rhonekorrektur von 7.9 Mio. Fr. hochgerechnet auf das Jahr 2000 einer Summe von 562.48 Mio. Fr., die Bundes-subsidien von 2.64 Mio. Fr. einer Summe von 187.96 Mio. Fr.

⁴⁵ «Bericht der Commission des Ständerathes über die Rhonekorrektur, 24.6.1863», in *BBl*, 3 (1863), S. 49-79, hier S. 62; vgl. für den gesamten Abschnitt S. 50-54.

⁴⁶ «Bericht der Kommission des Nationalrathes über die Rhonekorrektur, 25.7.1863», in *BBl*, 3 (1863), S. 469-477, hier S. 470.

⁴⁷ «Bundesbeschluss betreffend den Bundesbeitrag an den Kanton Wallis zum Zwecke der Korrektur der Rhone und ihrer Zuflüsse, 28.7.1863», in *Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft*, Bd. 7, S. 578-581.

könne⁴⁸. 1862 und 1863 waren dies die einzigen grösseren Arbeiten, die durchgeführt wurden, da sich viele Gemeinden durch die Verhandlungen zwischen Bund und Kanton blockiert sahen. 1864 begannen die Arbeiten an der Rhonekorrektur schliesslich im ganzen Kanton. Bis 1876 wurden in der Folge jährlich zwischen 0.4 und 0.7 Mio. Fr. verwendet, und je nach Jahr waren 20 bis 50 Talgemeinden an den Arbeiten beteiligt⁴⁹.

Blotnitzky und Hartmann gingen auch auf die finanzielle Situation der Gemeinden ein⁵⁰: Sie seien sehr arm, der Boden kaum anbaufähig, da wiederholt überschwemmt und versandet, und zusätzliche Kosten für die Rhonekorrektur seien nicht tragbar. Es fehle an Material und Mitteln, an technischer, organisatorischer und finanzieller Übersicht. Das änderte sich auch durch den Bundesbeschluss nur teilweise. Die betroffenen Gemeinden sahen sich trotz der Bundeshilfe einer höheren finanziellen Belastung ausgesetzt. Zwar konnten die Gemeinden ihren Anteil auch als Arbeitsleistung und in Form von Material erbringen. Die Arbeitskraft in den oftmals kleinen Talgemeinden reichte aber selten aus. Dieser Arbeitskraftmangel wurde teilweise dadurch behoben, dass Nachbargemeinden, die in einer Baukampagne keine oder nur kleine Arbeiten auszuführen hatten, ihre Tagewerke «unter Vorbehalt gegenseitiger Unterstützung» bei denjenigen Gemeinden leisteten, die in dieser Baukampagne mehr Arbeitskräfte benötigten⁵¹.

Eine Zusammenstellung der Kosten der Rhonekorrektur für die ersten Jahre von 1864-1870 zeigt, dass insgesamt rund 58% der Kosten von den Gemeinden getragen wurden, während der Kanton mit 9% vor allem die Kosten für die Uferstücke trug, die ihm per Gesetz unterstellt waren, sowie für die Vermessung und Planung der Arbeiten⁵².

Diese Kostenverteilung erstaunt kaum, wenn man die Entwicklung der Gemeindeaufgaben bedenkt. Seit 1850 befanden sich die Gemeinden in der Schweiz an der Schnittstelle zweier gegensätzlicher Tendenzen. Einerseits hatten sich gerade die Gemeinden in der Alpen- und Voralpenregion eine starke Autonomie erhalten⁵³. Das zeigt sich beispielsweise am Staatshaushalt des Kantons Valais, der in den 1860er Jahren mit durchschnittlich 0.6 Mio. Fr. budgetiert war⁵⁴. Die jährlichen Ausgaben für die Rhonekorrektur von Bund und Gemeinden entsprachen somit der Höhe des gesamten Staatshaushaltes. Andererseits machte sich im Wasserbau, aber auch im Strassen- und im Eisenbahnbau die Tendenz hin zu überregionalen Projekten bemerkbar, welche die Gemeinden zwangsläufig überfordern mussten: Auf eine Gemeinde wie beispielsweise Niedergesteln mit 193 Einwohnern und einem steuerbaren Vermögen von 174 000.– Fr. fiel laut dem Kostenvoranschlag vom Dezember 1862 die Summe von 236 000.– Fr. für die

⁴⁸ Blotnitzky an das Eidgenössische Departement des Innern, Genf, 19.4.1863, StAW DTP 81.1.2.

⁴⁹ Vgl. CHAPPEX, *Kurzer Bericht über die Rhonekorrektur*, S. 8-9 und DE TORRENTÉ, *La correction du Rhône*, S. 61.

⁵⁰ Vgl. für den folgenden Abschnitt Blotnitzky und Hartmann an den Bundesrat, Genf, 18.4.1861, BAR E 19 1441.

⁵¹ Blotnitzky an das Eidgenössische Departement des Innern, Abteilung Bauwesen, Genf, 7.10.1863, BAR E 19 1443.

⁵² Correction du Rhône. Situation générale des travaux exécutés dès 1862 à fin 1870, StAW DTP 89.

⁵³ Sandro GUZZI-HEEB, «Helvetischer Staat und Nationalisierung der Gesellschaft», in *Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.-20. Jahrhundert*, hrsg. Urs ALTERMATT, Catherine BOSSHART-PFLUGER, Albert TANNER, Zürich, 1998 (Die Schweiz 1798-1998: Staat – Gesellschaft – Politik, 4), S. 131-147, hier S. 132.

⁵⁴ Comptes de l'État du Valais 1861-1892, StAW.

Rhonekorrektur⁵⁵. Damit die Gemeinden die nötigen Mittel aufbringen konnten, erliess der Grosse Rat des Kantons Wallis 1866 ein entsprechendes Dekret, das Anleihen in der Höhe von 700 000.– Fr. für die Rhonekorrektur ermöglichte⁵⁶. Die kleinsten Anleihen erhielten Steg (5000.– Fr.) und Nendaz (6000.– Fr.), die grössten fielen auf die bereits erwähnten Pioniergemeinden Raron (95 000.– Fr.) und Niedergesteln (100 000.– Fr.)⁵⁷.

Das katastrophale Intermezzo von 1868

Das Katastrophenjahr 1868

Acht Jahre nach den verheerenden Überschwemmungen von 1860, zwischen dem 27. September und dem 3. Oktober 1868, erlitten mehrere schweizerische Alpenkantone und das angrenzende Ausland erneut eine Hochwasserkatastrophe. Das Zentrum der Niederschläge befand sich über dem Bleniotal und der Leventina; neben dem Kanton Tessin waren auch die Kantone Graubünden, St. Gallen, Wallis und Uri betroffen. Fast die Hälfte der Schadenssumme von 14 Mio. Fr. fiel auf den Kanton Tessin. Insgesamt starben bei den Überschwemmungen 1868 50 Personen, davon 41 im Tessin und 9 im Kanton St. Gallen⁵⁸.

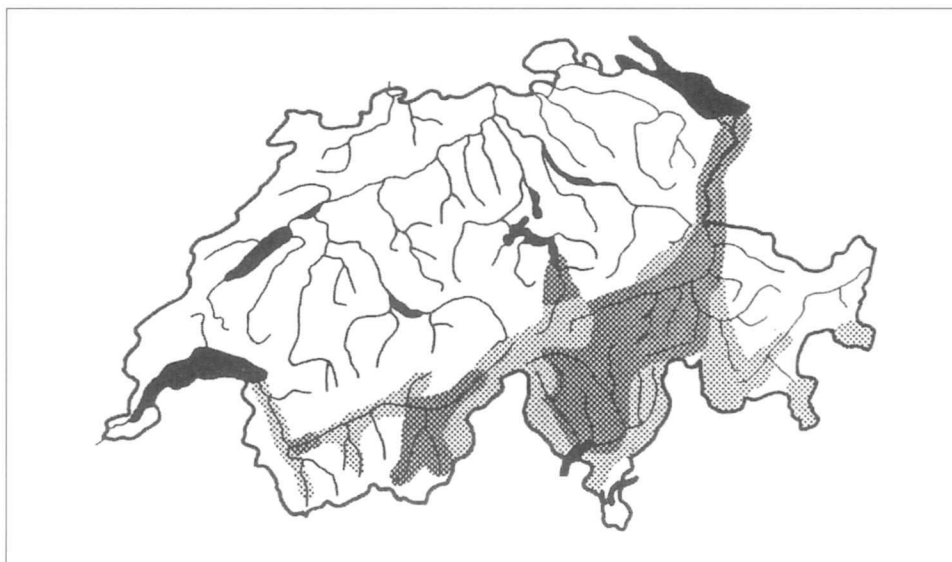


Abbildung 4 – Ort und Stärke der Unwetterschäden vom Herbst 1868 (© WSL Birmensdorf).⁵⁹

⁵⁵ Vgl. COMMISSION RHODANIQUE, *Rapport de la Commission Rhodanique à la Direction Cantonale de la Correction du Rhône sur les Plans & Devis d'exécution des travaux*, Sion, 2.12.1862, StAW DTP 75.1.

⁵⁶ «Dekret vom 27. November 1866 über das Anleihen der Gemeinden für Korrektur der Rhone und deren Zuflüsse, 27.11.1866», in *Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis*, Bd. 11, Sitten, 1874, S. 24-25.

⁵⁷ *Comptes de l'État du Valais 1870*, Compte-courant de l'emprunt des communes contracté pour la correction du Rhône, S. 6, StAW.

⁵⁸ RÖTHLISBERGER, *Chronik der Unwetterschäden*, S. 70.

⁵⁹ RÖTHLISBERGER, *Chronik der Unwetterschäden*, S. 69.

Für den Kanton Wallis stach das Ereignisjahr 1868 aus der Reihe sich wiederholender Überschwemmungsjahre der 1860er Jahre deutlich als eigentliches Katastrophenjahr heraus. Insgesamt erreichten die Gewässer in diesem Jahr fünfmal den Hochwasserstand⁶⁰. Zu den Überschwemmungen kam am 2. September der Brand von Obergesteln hinzu: Innerhalb von zwei Stunden standen 180 Häuser – darunter 68 Wohnhäuser und die Kirche – in Flammen, 280 Personen wurden obdachlos, zwei Menschen erlagen ihren Brandverletzungen⁶¹.

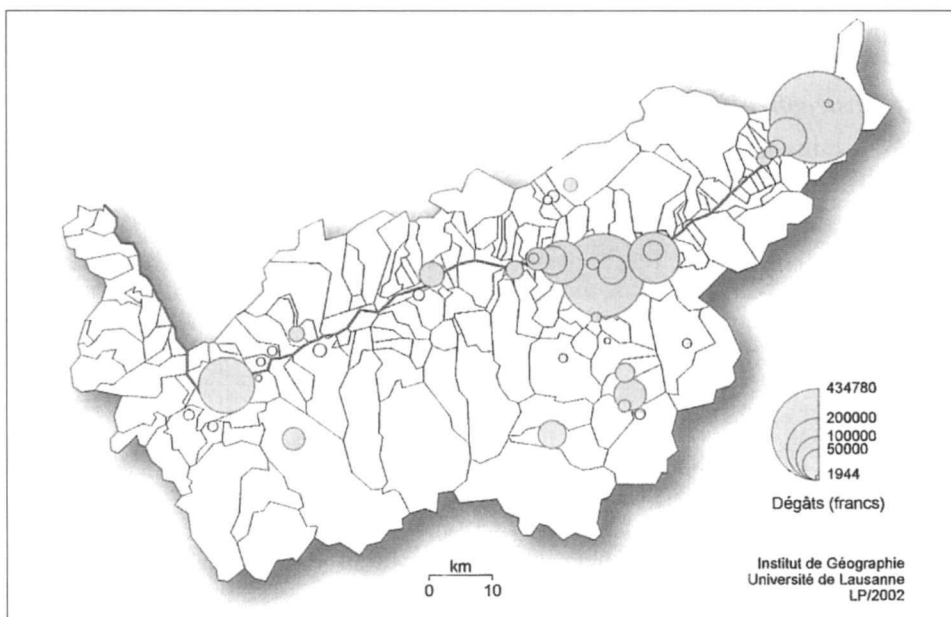


Abbildung 5 – Geographische Verteilung der Schäden von 1868 im Wallis.⁶²

Wie auf der Schadenkarte deutlich wird, war von den Überschwemmungen 1868 vor allem die Ebene zwischen Naters/Brig und Visp betroffen. Im Unterwallis erlitt vor allem die Gemeinde Fully grosse Schäden, da sie aus finanziellen Gründen die Korrektionsarbeiten auf ihrem Gebiet immer wieder verschoben hatte und im Ereignisjahr 1868 den Wassermassen ungeschützt ausgeliefert war⁶³. Insgesamt verzeichnete der Kanton in diesem Jahr Schäden in der Höhe von ca. 1.7 Mio. Fr.

Verschiedentlich wurden die Überschwemmungen von 1868 mit denjenigen von 1987 in Bezug gesetzt, da sich beide Ereignisse bezüglich Schadengebiet und Grössenordnung vergleichen lassen⁶⁴. 1987 belief sich die Schadenssumme auf

⁶⁰ Vgl. Leopold BLOTNITZKY, «Bericht über die Überschwemmungen im Kanton Wallis», in *BBl*, 1 (1869), S. 453-491.

⁶¹ BLOTNITZKY, «Bericht über die Überschwemmungen», Anhang zu S. 400.

⁶² PASCHE, *Inondations de 1868*, S. 70.

⁶³ BLOTNITZKY, «Bericht über die Überschwemmungen», S. 470.

⁶⁴ 1989 waren vor allem die Kantone Tessin, Uri und Wallis, in beschränkterem Masse auch Graubünden und St. Gallen betroffen; Armin PETRASCHECK, «Die Hochwasser 1868 und 1987. Ein Vergleich», in *Wasser, Energie, Luft*, 1-3 (1989), S. 1-8, hier S. 2.

1.21 Mrd. Fr., während die Schadenssumme 1868 ca. 14 Mio. Fr. betrug⁶⁵. Die verschiedenen Hochrechnungen der Schadenssumme von 1868 bewegen sich zwischen den Extremwerten von 160 Mio. Fr. anhand des Konsumentenpreisindex und 4 Mrd. Fr. anhand des geschätzten BIP⁶⁶. Die Hochrechnungen unterscheiden sich also beträchtlich; dennoch zeigen die Zahlen, welche Belastung die Ereignisse von 1868 für die Bevölkerung darstellten. Petrascheck versucht das anhand des Volkseinkommens zu verdeutlichen: Um 14 Mio. Fr. aufzubringen, hätten um 1880 alle Schweizer 4.2 Arbeitstage arbeiten müssen, während für die 1.2 Mrd. Fr. 1987 2.1 Arbeitstage gereicht hätten⁶⁷. Bedenkt man, dass 1868 keine Versicherungen oder sonstigen Auffangnetze – abgesehen von der Nachbarschaftshilfe und den Liebesgabensammlungen – vorhanden waren und die betroffenen Gemeinden sich häufig durch die Finanzierung der kostspieligen Präventivbauten am Rande des finanziellen Ruins befanden, so wird die Tragweite der Ereignisse von 1868 und ähnlicher Ereignisse im 19. Jahrhundert im Vergleich zu heute noch deutlicher.

Die Bewältigung der Katastrophe

Erste Reaktionen auf Bundesebene

Wenige Tage nach den ersten Überschwemmungen berichteten die Schweizer Zeitungen bereits über die Ereignisse⁶⁸. In Windeseile organisierten sich in der ganzen Schweiz offizielle und inoffizielle Hilfskomitees mit dem Ziel, für die Betroffenen Geld, Nahrungsmittel und Kleider zu sammeln. Die Zahl dieser Hilfskomitees war bald kaum mehr zu überblicken, und die gesamte Hilfstätigkeit verlangte nach einer zentralisierten Koordination.

Bereits am 28. September erreichten den Bundesrat telegraphisch Meldungen über die Überschwemmungen⁶⁹. Der Bundesrat sandte daraufhin Bundespräsident Dubs in die betroffenen Gebiete und beschaffte sich damit einerseits gesicherte Informationen aus erster Hand und bekundete andererseits so sein Mitgefühl gegenüber den Betroffenen⁷⁰.

Angesichts der fehlenden Kompetenz und der Ungewissheit über das weitere Vorgehen entschied der Bundesrat, eine Konferenz mit Delegierten aller Kantone einzuberufen, und erklärte, dass «ausserordentliche Lagen und Verhältnisse [...] auch ausserordentliche Mittel zur Abwendung der Noth» bedingen würden⁷¹. Gleichzeitig rief der Bundesrat schon in diesem Informationsschreiben zu «altedigenössischer Bruderliebe» auf.

⁶⁵ PETRASCHECK, «Die Hochwasser 1868 und 1987», S. 3.

⁶⁶ Vgl. für die Umrechnungen PETRASCHECK, «Die Hochwasser 1868 und 1987», S. 6 (Konsumentenpreisindex) und Christian PFISTER, «Strategien zur Bewältigung von Naturkatastrophen seit 1500», in *Am Tag danach. Zur Bewältigung von Naturkatastrophen in der Schweiz 1500-2000*, hrsg. Christian PFISTER, Bern, 2002, S. 109-254, hier S. 242-243 (geschätztes BIP). Eine weitere Möglichkeit der Umrechnung bietet die bereits in Anm. 44 erwähnte Zeitreihe der Bauarbeiterlöhne in Pascal SCHUPPLI, *Die Entwicklung der Bauarbeiterlöhne*. Mit einem Tageslohn von 3.– Fr. für das Jahr 1869 ergibt sich für die Hochrechnung auf das Jahr 2000 ein Faktor von 64.1. Demgemäss entsprechen die Schäden in der Höhe von 14 Mio. Fr. von 1868 hochgerechnet auf das Jahr 2000 einer Summe von 897.4 Mio. Fr.

⁶⁷ PETRASCHECK, «Die Hochwasser 1868 und 1987», S. 6.

⁶⁸ Vgl. für die Berichterstattung in der Presse SUMMERMATTER, *Die Überschwemmungen von 1868*, Kap. 4.1.

⁶⁹ Telegramme der betroffenen Kantone an den Bundesrat, 28.9.-4.10.1868, BAR E 21 21715.

⁷⁰ «Aus den Verhandlungen des schweizerischen Bundesrates, 2.10.1868», in *BBl*, 3 (1868), S. 381.

⁷¹ Abgedruckt in «Aus den Verhandlungen des schweizerischen Bundesrates, 6.10.1868», in *BBl*, 3 (1868), S. 497-498.

An der Konferenz ging es darum, eine «systematische, organisierte Hilfeleistung» aufzulegen⁷². Dabei war sich der Bundesrat wohl bewusst, dass er gemäss Verfassung keinen Auftrag zur Hilfeleistung in solchen Fällen hatte und deshalb auch die Organisation und Verwaltung der bereits bei ihm eingegangenen Spenden nicht übernehmen konnte. An der Konferenz wurde nun beschlossen, einen Spendenaufruf an die Schweizer im In- und Ausland zu erlassen, eine Expertenkommission einzusetzen, um in den betroffenen Kantonen den Schaden zu schätzen, und am Ende der Spendensammlung eine weitere Konferenz einzuberufen, um über die Verwendung der Gelder zu entscheiden⁷³. Der wichtigste Beschluss war wohl jener, für die Verwaltung der Spendengelder und der Naturalien ein eidgenössisches Zentralhilfskomitee einzusetzen. Einerseits erhielt der Bundesrat an der Konferenz somit faktisch von den Kantonsdelegierten die Kompetenz zur Organisation der Hilfsaktionen; andererseits konnte der Bundesrat die aufwendige Spendenverwaltung an ein externes Komitee auslagern.

Das gesamte Vorgehen bei der Organisation der Hilfe von 1868 war ein Novum in der Geschichte des noch jungen Bundesstaates, lehnte sich aber stark an die Organisation von 1834 an, als die *Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft SGG* zu einem ähnlichen Verfahren griff⁷⁴.

Die Spendensammlungen

Wichtigste Antriebskraft der Spendensammlungen waren die zahlreichen Spendenaufrufe⁷⁵, die sowohl von den Kantonsregierungen als auch von Vereinen, Privaten und Zeitungen publiziert wurden. Die offizielle Spendensammlung wurde mit dem Spendenaufruf des Bundesrates an die Schweizer im In- und Ausland vom 14. Oktober 1868⁷⁶ eröffnet. In allen Spendenaufrufen dominierte der Wahlspruch «Einer für Alle und Alle für Einen!», der die Einheit der Eidgenossen heraufbeschwor.

Aufgrund der immensen Reaktion auf die Spendenaufrufe im In- und Ausland übertrafen die Spendensammlungen von 1868 und 1869 mit einem Ergebnis von insgesamt 3.63 Mio. Fr. bei weitem alle Erwartungen⁷⁷. Neben Geld, das den grössten Teil der Spenden ausmachte, wurden viele Lebensmittel, Kleidungsstücke und sonstige Gebrauchsgegenstände – zusammengefasst als «Naturalien und Effekte» – gespendet, was den administrativen und logistischen Aufwand der Hilfsaktionen gewaltig steigerte. Zusammen mit den Naturalien näherte sich die Spendensumme der 4-Mio.-Grenze.

Von den insgesamt 3.6 Mio. Fr., die einschliesslich der Kantonskollekten in den betroffenen Kantonen bis Ende März 1869 gesammelt wurden, stammten

⁷² *Protokolle der Konferenzen in Sachen der schweiz. Wasserbeschädigten vom Jahre 1868*, Bern, [1869], S. 9.

⁷³ *Protokolle der Konferenzen*, S. 11; vgl. auch «Aus den Verhandlungen des Bundesrates, 14.10.1868», in *BBl*, 3 (1868), S. 528-530.

⁷⁴ Vgl. für die Hilfsaktionen von 1834 Agnes NIENHAUS, *Naturkatastrophe und Modernisierungsprozess. Eine Analyse gesellschaftlicher Reaktionen auf das alpine Hochwasser von 1834 in Graubünden*. Lizentiatsarbeit Historisches Institut, Bern, 2000, S. 41-44.

⁷⁵ Vgl. für eine nähere Untersuchung der Spendenaufrufe und Spendensammlungen SUMMERMATTER, *Die Überschwemmungen von 1868*, Kap. 4.3.

⁷⁶ «Aufruf des Bundesrathes an das Schweizervolk und an die Schweizer im Auslande, Bern 14.10.1868», in *BBl*, 3 (1868), S. 519-521.

⁷⁷ *Protokolle der Konferenzen*, Beilage 3.

ca. 30% aus dem Ausland⁷⁸. Mit einem Spendenanteil von 11% hatte sich auch die Bevölkerung der betroffenen Kantone deutlich an den Sammlungen beteiligt.

Im Ausland beteiligten sich mit 300 000.– Fr. vor allem die deutschen Länder an den Spendensammlungen für die Schweizer Nachbarn, was auf die engen wirtschaftlichen und persönlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz zurückzuführen ist. An zweiter Stelle folgt mit 200 000.– Fr. Nordamerika, das sich in den 1840/50er Jahren als beliebtes Auswanderungsziel erwiesen hatte⁷⁹. Es ist anzunehmen, dass vor allem die persönlichen Bande zur alten Heimat zu diesem Spendenergebnis führten. Auch die ausländischen Spenden wurden über Spendenaufrufe und Vereine gesammelt. Aber auch Adelige und Staatsoberhäupter zeigten sich grosszügig: Kaiser Napoleon III. und der preussische König Wilhelm I. spendeten bereits im Oktober 1868 je 20 000.– Fr., und auch Papst Pius IX. gedachte mit einer Spende von 1500.– Fr. seiner Schäfchen⁸⁰.

Die Verteilung der Spenden

Um die Verteilung der Spenden unter die betroffenen Kantone einheitlich vornehmen zu können, wurde nach der Konferenz vom Oktober 1868 eine Kommission eingesetzt. Diese sollte in den betroffenen Gebieten den Schaden schätzen und auf dieser Grundlage einen Vorschlag für die Verteilung unterbreiten⁸¹. Die Ergebnisse der Schätzungskommission sind in folgenden Abbildungen zusammengefasst.

Kanton	Schaden (in Fr.)
Tessin	6 541 486.–
Graubünden	2 839 922.–
St. Gallen	2 359 289.–
Wallis	1 691 472.–
Uri	513 957.–
Total	1 3946 126.–

Abbildung 6 – Schaden der Überschwemmungen von 1868 in den betroffenen Kantonen, in Fr.⁸²

In Bezug auf die Verwendung der Spenden gingen die Meinungen weit auseinander. Die Regierungen der betroffenen Kantone sowie das Zentralhilfskomitee und die Schätzungskommission sprachen sich für eine Verwendung der Spenden für Präventionsarbeiten aus. Nur so sehe man die Möglichkeit, «die Hülfgelder in einer fruchtbaren, nachhaltigen Hülfe und Schutz gewährenden

⁷⁸ «Rekapitulation der bei der eidgenössischen Staatskasse bis zum 10. März 1869 aus der Schweiz und aus dem Auslande für die Wasserbeschädigten eingegangenen Liebesgaben an Geld», in *BBl*, 1 (1869), S. 535-536.

⁷⁹ Heiner RITZMANN-BLICKENSTORFER, *Alternative Neue Welt. Die Ursachen der schweizerischen Überseewanderung im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Zürich, 1997, S. 69.

⁸⁰ Die Korrespondenz zu den «Liebesgaben fürstlicher Personen» findet sich in BAR E 21 21721.

⁸¹ «Aus den Verhandlungen des Bundesrates, 14.10.1868», in *BBl*, 3 (1868), S. 528-530.

⁸² *Protokolle der Konferenzen*. Vgl. für eine detailliertere Darstellung der Ergebnisse der Schätzungskommission und der Schäden SUMMERMATTER, *Die Überschwemmungen von 1868*, Kap. 5.1.

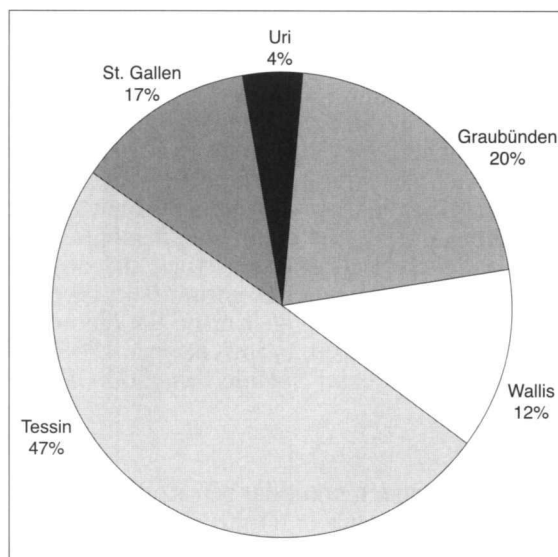


Abbildung 7 – Schaden der Überschwemmungen von 1868 in den betroffenen Kantone, in %.⁸³

Weise zu verwenden».⁸⁴ Zudem betrafen die Gefahren aus den Bergen nicht nur die Bergkantone, sondern auch die Unterliegerkantone.

Wir halten es daher nicht nur für gerechtfertigt, sondern im Interesse des öffentlichen und allgemeinen Wohles für geboten, den Schaden der Gemeinden und Corporationen mit in das [sic] Bereich der Unterstützung hineinzuziehen. [...] Der Absicht der Geber dürfte hiermit schwerlich entgegengehandelt werden, da man doch annehmen muss, in ihrem Wunsche liege eine dauerhafte und bleibende Hülfeleistung und nicht bloss vorübergehende Almosenspendung.

Damit wurde auch bereits die Gegenposition angesprochen: Die Vertreter der Geberkantone – vor allem jene aus Basel-Stadt, Genf, Neuenburg, Solothurn und Waadt – setzten sich nämlich dafür ein, dass die gesamte Spendensumme den Privaten zugestanden werde, um damit dem Willen der Geber zu entsprechen und weil Prävention grundsätzlich die Aufgabe des Staates sein sollte. Die Frage der Spendenverwendung gab denn auch an der abschliessenden Konferenz aller Kantonsdelegierten vom 2. April 1869 am meisten Anlass zu Diskussionen⁸⁵. In einem Kompromiss einigte man sich schliesslich auf die sogenannte «Wuhrmillion», die für präventive Bauten in den betroffenen Kantonen eingesetzt werden sollte.

Nach Abzug der Wuhrmillion wurden die übrigen Spenden in einem ersten Schritt den Schäden entsprechend auf die betroffenen Kantone verteilt. Anschliessend wurden die Beträge innerhalb der Kantone nach Vermögensklassen verteilt.

⁸³ *Protokolle der Konferenzen*. Vgl. für eine detailliertere Darstellung der Ergebnisse der Schätzungskommission und der Schäden SUMMERMATTER, *Die Überschwemmungen von 1868*, Kap. 5.1.

⁸⁴ KAISER (Präsident Kantonalhilfskomitee GR) an das Zentralhilfskomitee, Chur, 3.2.1869, BAR E 21 21716.

⁸⁵ *Protokolle der Konferenzen*.

Durchschnittlich erreichte man so eine Vergütung von 27.85% des Privatschadens⁸⁶.

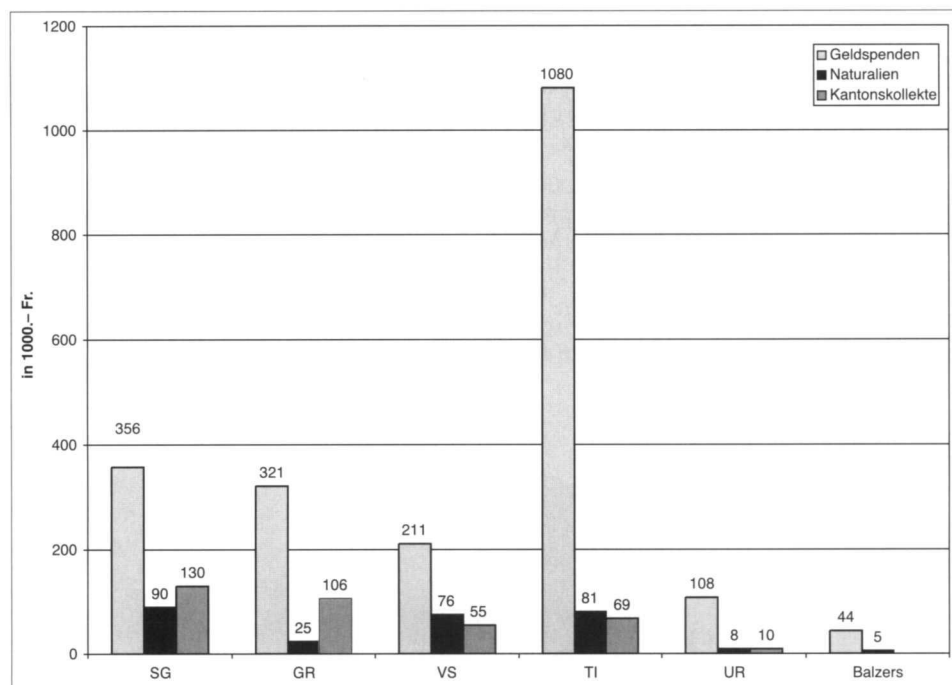


Abbildung 8 – Die Verteilung der Spenden nach Geld und Naturalien, in 1000.– Fr.⁸⁷

Die Veränderungen im schweizerischen Hochwasserschutz nach 1868

Die Verwendung der Wuhrmillion

Bereits 1856 reichte der *Schweizerische Forstverein* beim Bundesrat einen Bericht über den besorgniserregenden Zustand der schweizerischen Wälder ein. Daraufhin beschloss der Bundesrat 1858, eine Untersuchung über die Hochgebirgswälder und die Wildbäche in Auftrag zu geben⁸⁸. Diese Berichte von Elias Landolt und Carl Culmann entwickelten sich zur Grundlage der Ursachen- und Präventionsdiskussion in den 1860er Jahren und forderten eine verstärkte Zentralisierung von Wasserbau- und Forstwesen durch Bundessubventionen⁸⁹. Verschiedene Versuche, die neuen Argumente in den 1860er Jahren im Parlament finanziell

⁸⁶ Vgl. für eine genauere Betrachtung der Spendenverteilung und -verwendung SUMMERMATTER, *Die Überschwemmungen von 1868*, Kap. 5.2.

⁸⁷ *Protokolle der Konferenzen*.

⁸⁸ Vgl. im Folgenden «Aus den Verhandlungen des Bundesrathes, 8.5.1858», in *BBl*, 1 (1858), S. 522-523.

⁸⁹ Elias LANDOLT, *Bericht an den hohen schweizerischen Bundesrath über die Untersuchung der schweiz. Hochgebirgswälder, vorgenommen in den Jahren 1858, 1859 und 1860*, Zürich, 1862; Carl CULMANN, *Bericht an den hohen schweizerischen Bundesrath über die Untersuchung der schweiz. Wildbäche, vorgenommen in den Jahren 1858, 1859, 1860 und 1863*, Zürich, 1864. Vgl. zum Inhalt der beiden Berichte und zur gesamten Ursachendiskussion der 1860er Jahre SUMMERMATTER, *Die Überschwemmungen von 1868*, Kap. 9.

umzusetzen, scheiterten allerdings. Trotz den Misserfolgen im Parlament zogen die Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Abholzung und Überschwemmungen, der heute in der Forschung als «Abholzungsparadigma»⁹⁰ bezeichnet wird, in den 1860er Jahren weite Kreise. Auch den Kantonsdelegierten der Konferenz vom 2. April 1869 waren die entsprechenden Argumente bekannt; der Konferenzbeschluss hielt fest, dass die Wuhrmillion «lediglich für dringende und zweckmässige forstliche Vorkehren, sowie für Verbauungen, Wuhrunen und ähnliche hydrotechnische Arbeiten» verwendet werden durfte⁹¹.

Die betroffenen Kantone reichten in der Folge Vorschläge ein, welche von Sachverständigen des Bundes geprüft wurden. Die Kosten für die eingereichten Vorschläge beliefen sich auf 4.86 Mio. Fr. Aufgrund dieser Vorschläge fasste der Bundesrat am 15. Mai 1871 einen Beschluss über die Verteilung der Wuhrmillion, in dem die Subvention auf jeweils 20% der Kostenvoranschläge festgelegt und die Verwendung bis 1877 beschränkt wurde⁹². Beiträge, die bis 1877 noch nicht verwendet waren, fielen zurück in den Fonds und wurden neu verteilt.

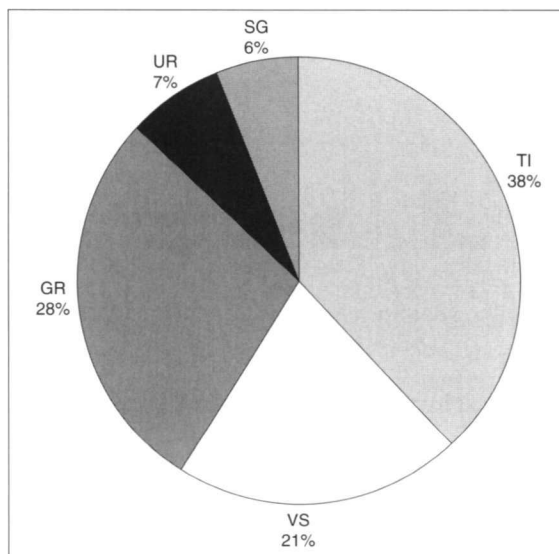


Abbildung 9 – Verteilung der Wuhrmillion unter den betroffenen Kantonen, in %.⁹³

⁹⁰ Vgl. zur Durchsetzung des Abholzungsparadigmas in der Schweiz Daniel BRÄNDLI, *Mit Bäumen gegen Fluten. Überschwemmungsrisiko und Forstwesen während des 18. und 19. Jahrhunderts*. Lizentiatsarbeit Historisches Institut, Bern, 1998 und Christian PFISTER, Daniel BRÄNDLI, «Rodungen im Gebirge – Überschwemmungen im Vorland: Ein Deutungsmuster macht Karriere», in *Natur-Bilder. Wahrnehmung von Natur und Umwelt in der Geschichte*, hrsg. Rolf Peter SIEFERLE, Helga BREUNINGER, Frankfurt a.M.-New York, 1999, S. 297-323.

⁹¹ «Konferenz-Beschluss, die Vertheilung der Liebesgaben betreffend, 3.4.1869», in *BBl*, 1 (1869), S. 939-943, hier Art. 11.

⁹² Auszug aus dem Protokoll der 77. Sitzung des schweizerischen Bundesrates, 15.5.1871, BAR E 19 440.

⁹³ Antrag des Eidgenössischen Departements des Innern an den Bundesrat, Bern, 11.5.1871, BAR E 19 440.

Die Regierung des Kantons Wallis schlug in ihrem Bericht Verbauungsarbeiten an den Seitenzuflüssen, Aufforstungen und Entsumpfungen vor⁹⁴. Der Bericht veranschlagte für Rhonearbeiten, die keine Bundessubventionen erhielten, ca. 121 000.– Fr. und für Arbeiten an insgesamt zehn grösseren Seitenzuflüssen und 39 kleineren Wildbächen ca. 258 000.– Fr., für die Aufforstung in den Seitentälern 30 000.– Fr. und für die Entsumpfung der Ebene ca. 750 000.– Fr. Nicht nur die Verbauungen an den Wildbächen und den Seitenzuflüssen sowie die Aufforstung wurden von den Bundesexperten bei der Prüfung der Vorschläge als wichtig eingestuft, sondern auch die Entsumpfungskanäle in der Ebene:

Durch die relativ hohe Lage der Rhone und die mächtigen Schuttkegel der Seitenzuflüsse bilden sich in den Thalebenen der Rhone zwischen den Schuttkegeln förmliche Wasserkammern, welche durch die Filtration der Rhone und die Quellen gespeist werden und deren stagnierenden Gewässer die Gegend verpesteten und die Cultivierung unmöglich machen. [...] Die sofortige Ausführung dieser Entsumpfungs-kanäle ist daher eine Lebensfrage für das Rhonethal. Durch eine erkleckliche Liebessteuer kann der sinkende Muth der armen Bewohner neu belebt und ihre Thalschaft zu einem Opfer angespornt werden.⁹⁵

Insgesamt kam die Kommission in ihrer Empfehlung für den Kanton Wallis auf eine Summe von 200 000.– Fr. für die Schutzbauten und auf weitere 24 000.– Fr. für Aufforstung und Lawinenverbauung.

Wir motivieren unseren Antrag [...] damit, dass wir uns durch Augenschein von den enormen Kosten überzeugten, welche zur Anlage der Schutzbauten absolut nothwendig sind und an welche die Subsidien von ca. Fr. 224 000 [...] eine bescheidene genannt werden muss, namentlich wenn man bedenkt, wie vielfach schon Wallis durch Überschwemmungen und Naturereignisse aller Art heimgesucht worden ist und für die Rhonekorrektur, trotz der eidg. Subvention, noch ausserordentliche Opfer gebracht werden müssen, welche fast ausschliesslich durch die beschädigten Localitäten, ohne sichere Beihülfe des Staates, zu tragen sind.

Der Subventionsbeschluss von 1871

Neben der Diskussion um die Verwendung der Spendengelder erfolgte 1869 ein erneuter Vorstoss des *Schweizerischen Forstvereins*. Dabei wurde betont, dass

die Hauptursache der Wasserverheerungen in der Entwaldung der Hochgebirge und in der Verwilderung der Gebirgsgewässer liege [..., und] dass die einzigen durchschlagenden Mittel zur Abwehr ähnlicher Ereignisse in der Erhaltung und Äuffnung der bestehenden Waldungen, in der Vermehrung des Waldareals in den Quellengebieten und in der Korrektur und Verbauung der Wildwasser bestehe.

[...] Die Aufgabe ist so gross, dass sie nur durch ein systematisches Zusammenwirken des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und Grundeigenthümer gelöst werden kann.⁹⁶

⁹⁴ VENETZ (Kantonsingenieur VS), DE RIEDMATTEN (Staatsrat VS), *Rapport sur les travaux à faire pour l'application des dons prélevés sur les collectes des Inondés par la Confédération de Berne. Sion, 13.10.1869*, BAR E 19 1250, Bd. 1.

⁹⁵ Vgl. hier und im Folgenden Rudolf ROHR, Arnold ESCHER VON DER LINTH, Johann W.F. COAZ, *Bericht über die Vertheilung des Schutzbauten-Fondes im Kanton Wallis. Bern 15.7.1870* (Beilage Nr. 8 zum Hauptbericht über die Tätigkeit der eidg. Schutzbauten-Kommission bis Nov. 1870), BAR E 19 439.

⁹⁶ Vgl. auch im Folgenden WEBER (Präsident Forstverein), *Der schweizerische Forstverein an den hohen Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft. Olten, 19.2.1871*, BAR E 19 440.

Relativ schnell griff der Bundesrat die Vorschläge des *Schweizerischen Forstvereins* auf und legte dem Parlament 1871 einen Beschlussentwurf für die Subventionierung von Schutzbauten und Aufforstungen vor⁹⁷. Mit Hilfe der Wuhrmillion sollte ein allgemeiner Schutzbautenfonds gegründet werden, der mit jährlich 100 000.– Fr. aus der Bundeskasse geäuftet werden sollte. Wie bei den Flusskorrekturen waren die Beiträge auf einen Drittel beschränkt.

Während 1863 sowohl die Legislative als auch die Exekutive entsprechende Ausgaben abgelehnt hatten, legte der Bundesrat dem Parlament nun höhere Ausgaben nahe. Dabei stützte er sich explizit auf die Berichte von Landolt und Culmann, welche «eine sichere Basis zu jedem weiteren Vorgehen in dieser Angelegenheit» bildeten⁹⁸. Das «gewaltige Naturereignis» von 1868 habe «alle Voraussagen über die von den Zuständen im Hochgebirge drohenden Gefahren nicht nur bestätigt, sondern in furchtbarer Weise [übertrroffen].» Der Bundesrat forderte das Parlament auf, nicht nur die 1868 betroffenen, sondern auch potentiell gefährdete Kantone zu berücksichtigen.

Aufgrund der drohenden Gefahren sah der Bundesrat die Anwendung von Artikel 21 der Bundesverfassung als gerechtfertigt, führte aber noch weitere Argumente von öffentlichem Interesse an. Mit dem Hinweis auf die «klimatischen Verhältnisse und die Deckung des Holzbedarfs» weitete der Bundesrat das Interesse an der Verbauung von Wildwassern und an der Aufforstung von Wäldern auf die gesamte Schweiz aus.

Und endlich bleibt es ein Argument für unsern Antrag, wenn auch ein verzweifeltes, dass die Gefahr einmal unabstreitbar vor den Thoren steht, dass jedes Zuwarten ihr mehr Boden überlässt, den wir nicht mehr zu gewinnen vermögen, und dass wir keine andern Mittel besitzen, ihr zu begegnen, als die vorgeschlagenen [...].

[...] Den Kampf mit diesem Feinde unseres Landes muthig zu beginnen und kräftig durchzuführen, ist eine Aufgabe nicht minder würdig als die Vertheidigung unseres Landes gegen äussere Feinde. [...] Und wenn wir auch die Früchte unserer Arbeit nur zum kleinsten Theile selbst mehr ernten werden, so dürfen wir doch der Überzeugung sein, dass kommende Geschlechter dies Werke ihrer Väter segnen werden.⁹⁹

Das Parlament folgte der Empfehlung des Bundesrates und verabschiedete den Bundesbeschluss¹⁰⁰.

Durch die Wuhrmillion und den Schutzbautenfonds erhielt der Kanton Wallis zwischen 1874-1892 eine zusätzliche Unterstützung von 0.6 Mio. Fr. Betrachtet man die Verteilung der Gelder im Wallis auf die Tätigkeitsfelder Verbauungen, Entsumpfung und Aufforstung wird verständlich, welchen Stellenwert die bereits angesprochenen Entsumpfungsarbeiten einnahmen. Zwei Drittel der Unterstützungsbeiträge wurde für Meliorationsarbeiten verwendet, die vor allem in den

⁹⁷ «Bundesbeschluss betreffend Bewilligung eines Bundesbeitrages für Schutzbauten an Flüssen und Bächen im Hochgebirge, und Aufforstungen (Entwurf), [21.6.1871]», in *BBl*, 2 (1871), S. 898-899.

⁹⁸ Vgl. für diesen Abschnitt «Botschaft des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend Bewilligung eines Bundesbeitrages für Schutzbauten an Flüssen und Bächen im Hochgebirge, und Aufforstungen, 21.6.1871», in *BBl*, 2 (1871), S. 880-897, hier S. 882-887.

⁹⁹ «Botschaft des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend Bewilligung eines Bundesbeitrages für Schutzbauten an Flüssen und Bächen im Hochgebirge, und Aufforstungen, 21.6.1871», S. 897.

¹⁰⁰ «Bundesbeschluss betreffend Bewilligung eines Bundesbeitrages für Schutzbauten an Wildwassern und für Aufforstungen im Hochgebirge, 21.7.1871», in *Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft*, Bd. 10, Bern, 1872, S. 517-520.

1870er und den frühen 1880er Jahren ausgeführt wurden¹⁰¹. Demgegenüber nehmen sich die insgesamt 45 200.– Fr. für Aufforstungen (7%) und auch die 167 000.– Fr. für Verbauungen und Talsperren (27%) eher bescheiden aus.

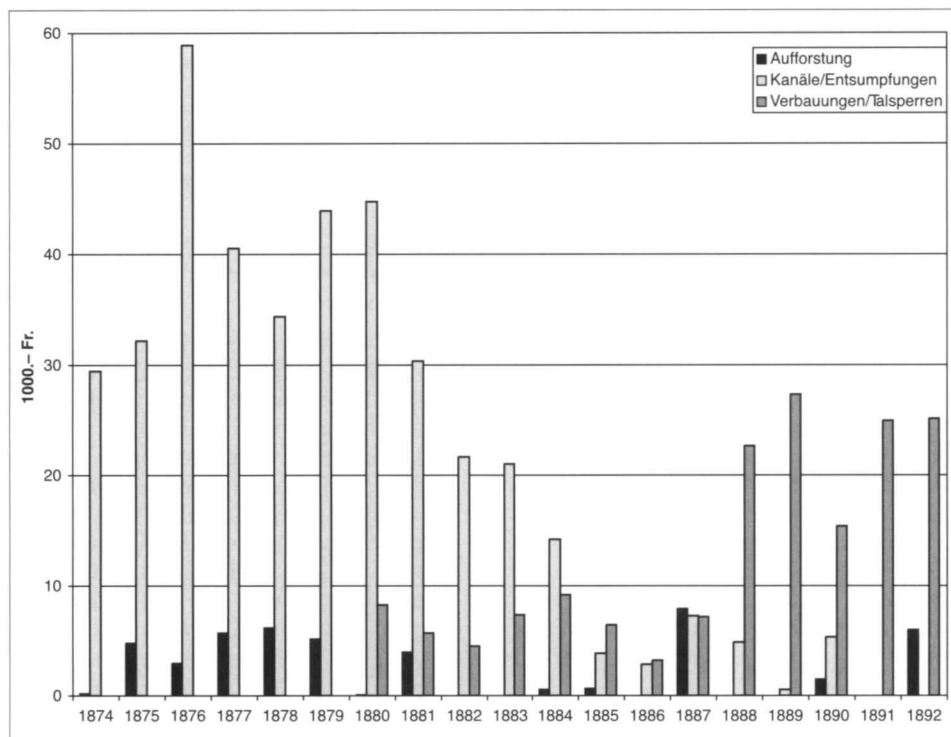


Abbildung 10 – Die Verwendung der Beiträge aus der Wuhrmillion und aus dem Schutzbautenfonds im Wallis, 1874-1892, in 1000.– Fr.¹⁰²

In den anderen begünstigten Kantonen verhielt es sich ähnlich: Das Interesse an den Aufforstungen war gering. Insgesamt wurden bis 1875 von den 500 000.– Fr. des Subventionsbeschlusses, die für Aufforstungen zur Verfügung standen, nur 8700.– Fr. genutzt¹⁰³. Die Hoffnung des *Schweizerischen Forstvereins*, durch die Schaffung des Subventionsartikels in den Kantonen mehr Beachtung für die Forstfrage zu erlangen, hatte sich somit nicht verwirklicht.

Die Entwicklung der eidgenössischen Forst- und Wasserbaupolizeigesetzgebung in den 1870er Jahre

Nachdem Landolt und Culmann in ihren Berichten den Einfluss des Bundes noch über die Teilfinanzierung von Wasserbau- und Forstprojekten verstärken wollten, setzte sich nach den Überschwemmungen von 1868 die Überzeugung durch, dass «zur Abwehr des grössten Feindes gegen unsern physischen Bestand

¹⁰¹ Comptes de l'État du Valais 1874-1892, StAW.

¹⁰² Comptes de l'État du Valais 1874-1892, StAW.

¹⁰³ Gotthard BLOETZER, «Zur Entwicklung der schweizerischen Forstgesetzgebung», in *Schweizerische Zeitschrift für das Forstwesen* 8 (1992), S. 607-627, hier S. 611.

im Innern, die Verheerungen durch Hochgebirgsflüsse» die Kompetenz des Bundes auszuweiten sei¹⁰⁴.

Für entsprechende eidgenössische Gesetze fehlten aber die verfassungsrechtlichen Grundlagen. Der erste Schritt zur Umsetzung der Forderung nach einem eidgenössischen Forst- und Wasserbaupolizeigesetz war somit die Schaffung eines Verfassungsartikels. Nach einer ausgiebigen Diskussion verschiedener Varianten wurde schliesslich der Vorschlag des *Schweizerischen Forstvereins* von den eidgenössischen Räten angenommen und 1874 in der Verfassung als Artikel 24 verankert:

Der Bund hat das Recht der Oberaufsicht über die Wasserbau- und Forstpolizei im Hochgebirge.

Er wird die Korrektion und Verbauung der Wildwasser und die Aufforstung ihrer Quellgebiete unterstützen und die nötigen schützenden Bestimmungen zur Erhaltung dieser Werke und der schon vorhandenen Waldungen aufstellen.

Der Artikel 24 der Bundesverfassung von 1874 liess verschiedene Interpretationen zu¹⁰⁵. Die Oberaufsicht wurde schliesslich als aktives Recht des Bundes interpretiert, für dessen Umsetzung der Bundesrat Vorschriften in den zwei Bereichen Wasserbau und Forstwesen erlassen sollte. Bevor eine eidgenössische Wasserbaupolizei- und Forstpolizeigesetzgebung geschaffen wurde, richtete der Bundesrat ein *Eidgenössisches Forstinspektorat* ein¹⁰⁶; die technische Leitung des Wasserbaus lag bereits bei der Abteilung Bauwesen des *Eidgenössischen Departements des Innern*¹⁰⁷. Zudem setzte eine Expertenkommission das Gebiet fest, das unter den Artikel 24 fallen sollte. In ihren Vorschlägen stellte die Kommission einerseits sicher, dass der Artikel 24 der Bundesverfassung korrekt umgesetzt wurde, ohne dass andererseits die Rechte der Kantone zu stark beschnitten wurden.

Als Konsequenz des neuen Verfassungsartikels trat 1876 das erste eidgenössische Forstpolizeigesetz und 1877 das erste eidgenössische Wasserbaupolizeigesetz in Kraft¹⁰⁸. Die Forderung nach einer zentralisierten Gesetzgebung in beiden Bereichen wurde somit erfüllt. Beide Gesetze blieben aber vorerst auf das Hochgebirge und einige zusätzliche, eigens bestimmte Regionen beschränkt, da man fürchtete, allzu sehr in die Eigentumsrechte vor allem der Waldbesitzer einzugreifen, würde das Gesetz für die ganze Schweiz gelten.

Beim Wasserbau handelte es sich um eine bekannte, breit anerkannte Materie, weshalb das entsprechende Gesetz von 1877 auch vor allem als Fixierung der bisherigen eidgenössischen Praxis im Wasserbau erscheint – ein Gebiet, in dem der

¹⁰⁴ «Bericht der Kommission des Nationalrathes über die Geschäftsführung des Bundesrathes im Jahr 1868, sowie über die Staatsrechnung vom gleichen Jahre, 9.6.1869», in *BBl*, 2 (1869), S. 239-296, hier S. 250-251.

¹⁰⁵ [Bundesrat], [1874], *BARE* 19 441.

¹⁰⁶ «Bundesbeschluss betreffend die Errichtung eines eidgenössischen Forstinspektorates, 24.12.1874», in *Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Neue Folge)*, Bd. 1, Bern, 1875, S. 494-495.

¹⁰⁷ Vgl. im Folgenden «Bericht der Expertenkommission an das eidgenössische Departement des Innern, 25.8.1874», in *BBl*, 3 (1874), S. 814-821.

¹⁰⁸ «Bundesgesetz betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei im Hochgebirge, 24.3.1876», in *Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Neue Folge)*, Bd. 2, Bern, 1876, S. 353-361; «Bundesgesetz betreffend die Wasserbaupolizei im Hochgebirge, 22.6.1877», in *Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Neue Folge)*, Bd. 3, Bern, 1878, p 193-198. Vgl. zur Entwicklung der beiden Gesetze SUMMERMATTER, *Die Überschwemmungen von 1868*, Kap. 9.5.

Bund auf bestehende Institutionen und auf beinahe zwanzig Jahre Erfahrung zurückgreifen konnte. Da Flusskorrekturen wie im Fall des Kantons Wallis häufig mit Entsempfungen und somit mit Landgewinnung verbunden waren, waren die Kantone interessiert daran, die Beiträge auszuschöpfen und ihren Teil beizutragen. In Bezug auf das Wallis änderte das eidgenössische Wasserbaupolizeigesetz wenig. Weiterhin galten die gesetzlichen Grundlagen, die im Dekret vom 29. November 1862 zu Beginn der Rhonekorrektur erlassen wurden.

Anders verhielt es sich mit der Umsetzung des Forstpolizeigesetzes: Hier war der Erfolg gering, es fehlten die Mittel und der Wille, das Gesetz konsequent umzusetzen. Die Handhabung des sehr ausführlichen, detaillierten Gesetzes erwies sich als zu kompliziert. Zudem stiess das Gesetz bei der Bevölkerung häufig auf Widerstand, da es die verschiedenen Waldnebennutzungen verbot, die vor allem für die ärmere Bevölkerungsschicht noch bis ins 20. Jahrhundert hinein bedeutende war¹⁰⁹. Anders als bei den Flusskorrekturen hatten die Kantone selbst ebenfalls wenig Interesse an den Aufforstungen, da diese keinen unmittelbaren Nutzen brachten und die Subventionsbeiträge zu gering ausfielen. Diese Mängel erkannte man bereits in den 1880er Jahren, und der Bund versuchte ihnen zu begegnen, indem das erste eidgenössische Forstpolizeigesetz mehrmals ergänzt wurde, bis schliesslich mit der Erweiterung der Oberaufsicht des Bundes von 1898 auf die ganze Schweiz im Jahr 1902 ein neues Forstpolizeigesetz in Kraft trat¹¹⁰.

Schlussbetrachtungen

Die frühen Versuche des Wasserbaus und die Vorgeschichte der ersten Rhonekorrektur zeigen deutlich, dass die Geschichte des Walliser Wasserbaus im 19. Jahrhundert nicht geschrieben werden kann, ohne auch nationale Entwicklungen zu berücksichtigen. Ähnlich wie bei der Linthkorrektur um 1800 war auch bei der ersten Rhonekorrektur um 1860 eine übergeordnete Instanz erforderlich, um das Projekt zur Durchführung zu bringen.

Es handelte sich bei solchen Grossprojekten jeweils um Entscheidungsfindungen auf verschiedenen Ebenen: Auf nationaler Ebene mussten Bundesrat und Parlament vom Nutzen der Unternehmungen überzeugt sein. Gerade bei Flusskorrekturen wurden schon seit 1800 Argumente mit nationalem und karitativem Bezug verwendet, um die finanzielle Beteiligung des Staates zu rechtfertigen. Nach 1848 galt es, gerade die peripheren, im Sonderbundskrieg unterlegenen Kantone durch Subventionen in den Bereichen Wasser-, Strassen- und Eisenbahnbau stärker an den Bundesstaat zu binden. Auf kantonaler Ebene mussten Projekte entworfen und verabschiedet werden; zudem war sich beispielsweise die Walliser Kantonsregierung durchaus bewusst, bei einer positiven Entscheidung zur Rhonekorrektur zugleich Kompetenzen und einen Teil der Kontrolle an den Bundesstaat abgeben zu müssen. Über den geringsten Entscheidungsspielraum verfügten die kommunalen und lokalen Akteure; ein Projekt wie die Rhonekorrektur, das von Bund und Kanton bereits beschlossen war, konnte von den Gemeinden kaum mehr verhindert werden. Ihr Einflussbereich blieb auf das Gemeindegebiet beschränkt.

¹⁰⁹ Kurt BISANG, *Historisches Screening institutioneller Regime der Ressource Wald (1870-2000)*, Working paper de l'IDHEAP 4 (2000), S. 7; BRÄNDLI, *Mit Bäumen gegen Fluten*, S. 111.

¹¹⁰ BLOETZER, «Zur Entwicklung der schweizerischen Forstgesetzgebung», S. 614-615.

Trotz dem Fortschreiten der Rhonekorrektur blieb das Wallis aber auch weiterhin nicht von Überschwemmungen verschont, weshalb weitere korrektive Eingriffe nötig waren. Neben zusätzlichen Bundessubventionen für die Rhonekorrektur in den 1880er Jahren prägte vor allem die weitere Entwicklung von Wasserbau- und Forstwesen auf nationaler Ebene die Folgemassnahmen im Kanton Wallis. Die Überschwemmung von 1868 nahm für die gesamte Schweiz eine ähnlich bedeutende Rolle ein, wie die Überschwemmungen von 1860 für das Wallis. Auch hier wurden durch ein Ereignis politische und administrative Blockaden gelöst, die vorher als nicht zu überwinden galten. Allerdings verwehrten der mangelnde Enthusiasmus der Kantone und der Widerstand der Bevölkerung dem Forstgesetz vorerst einen ähnlichen Erfolg, wie ihn der Wasserbau seit den 1860er Jahren feiern konnte.

Neben den unmittelbaren Folgen, welche die Rhonekorrektur, die Verbauung der Seitzuflüsse, die Aufforstungen der Steilhänge und die Entsumpfung der Ebene für die Landschaft zeitigten, wirkten sich diese Werke auch auf den Stand der politischen Integration des Wallis auf kantonaler und auf nationaler Ebene aus. Innerhalb kürzester Zeit löste sich nach den Überschwemmungen von 1860 und 1868 politische Blockaden, die vorgängig jegliches einheitliche Vorgehen vereitelt hatten.